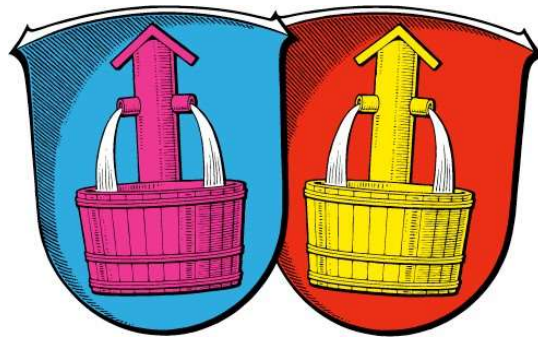


Vereinbarung

über die parlamentarische Zusammenarbeit von



FDP und SPD in Steinbach (Taunus)

für die

Wahlperiode 2021 bis 2026

Präambel

Die Steinbacherinnen und Steinbacher haben am 14. März 2021 ein neues Stadtparlament gewählt, wobei FDP und SPD erneut die Spitzenplätze in der Wählerpräferenz erreicht haben. Dafür möchten wir uns nochmals sehr herzlich bedanken.

In den letzten fünf Jahren haben unsere beiden Parteien eng und vertrauensvoll in einer Koalition zusammengearbeitet und Steinbach, überall im Stadtbild deutlich sichtbar, zum Positiven verändert und weiter vorangebracht.

Deshalb möchten wir auch in den kommenden fünf Jahren die Stadt gemeinsam gestalten und wichtige Zukunftsaufgaben angehen. Wir möchten weiter klug haushalten und unsere Schulden abbauen, unsere Gewerbesteuererinnahmen als attraktiver Gewerbestandort weiter steigern, um nicht nur in unser soziales Gemeinwesen und die Infrastruktur der Stadt investieren zu können, sondern auch beim Klima- und Umweltschutz vorbildlich voranzugehen. Wir werden auch nach dem Ende des Förderprogramms „Soziale Stadt“ die Errungenschaften dieses weiterführen und ausbauen sowie die Mittel des neuen Programms „Lebendige Zentren“ intelligent und gewinnbringend in unserer Stadt investieren.

Steinbach ist eine dynamische Stadt mit einer engagierten Bürgerschaft und starken Vereinen. In Steinbach spricht man miteinander und löst Probleme gemeinsam. Nicht umsonst sind im Stadtparlament keine extremen Kräfte vertreten, sondern vier Parteien, die in einem bereichernden Wettbewerb um die besten Ideen ringen, jedoch bei den wichtigen Entscheidungen für unsere Stadt stets gemeinsam handeln.

In Steinbach sind wir stolz darauf zeigen zu können, wie gut Demokratie, Freiheit und Zusammenhalt wirken können, wenn alle sich beteiligen. Wir wollen den Gemeinsinn in der Stadt weiter fördern und dabei Kirchen, Vereine und Verbände sowie alle engagierten Bürgerinnen und Bürger zum Wohle unserer Stadt auch weiterhin mit einbinden.

Wir stehen für ein weltoffenes Steinbach, das Neubürger mit offenen Armen aufnimmt und eine echte Heimat bietet. Wir setzen uns für den Erhalt der städtischen Selbständigkeit ein, da wir unsere Traditionen und unseren eigenen herzlichen Charakter bewahren wollen.

Uns ist es wichtig, dass sich alle Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt wohlfühlen. Wir wollen, dass alle Kinder Steinbach als ihre Heimat empfinden können und ihnen die Welt offensteht. Wir möchten, dass sich junge Steinbacher Familien den Traum der eigenen vier Wände erfüllen können, ohne wegziehen zu müssen, und ältere Menschen nicht von ihren Familien getrennt werden, weil jemand pflegebedürftig wird. Und wir wollen, dass alle Generationen ihre Freizeit abwechslungsreich in Steinbach verbringen können und Freude in ihrer Heimatstadt haben.

Das in § 2 beschriebene Sachprogramm basiert auf den Aussagen der Koalitionspartner in ihren Wahlprogrammen zur Kommunalwahl am 14. März 2021.

§ 1

Koordination der Zusammenarbeit

(1) Koalition

Für die Zwecke einer gemeinsamen Kommunalpolitik vereinbaren FDP und SPD (nachfolgend „Koalitionspartner“ oder „beide Parteien“ genannt) eine enge, abgestimmte und von gegenseitigem Vertrauen geprägte Zusammenarbeit für die Dauer der kommunalen Wahlperiode von 2021 bis 2026. Die Kooperation erstreckt sich auf alle Punkte dieser Vereinbarung, insbesondere auf die Zusammenarbeit in der Stadtverordnetenversammlung, in den Ausschüssen und Gremien, im Magistrat sowie auf alle anderen kommunalpolitisch relevanten Themen, die sich im Verlauf der Wahlperiode ergeben.

(2) Zusammenarbeit

Die Koalitionspartner verpflichten sich, auf den unter Abschnitt (1) dargestellten Gebieten der Zusammenarbeit vertrauensvoll gemeinsam zu beraten, zu handeln und abzustimmen. Wechselnde Mehrheiten sind grundsätzlich ausgeschlossen. Nur in Ausnahmefällen und im beiderseitigen Einvernehmen sind Abstimmungen mit unterschiedlichen Voten zulässig.

Anträge zur Stadtverordnetenversammlung werden sich die Koalitionspartner rechtzeitig gegenseitig zur Kenntnis geben und sich abstimmen, ob sie als Koalitionsanträge oder Anträge der einzelnen Fraktionen eingereicht werden. Gemeinsame Anträge sollen im Parlament von der Fraktion begründet werden, die den Koalitionsantrag vorgeschlagen und ausgearbeitet hat. Sie soll auch für die Veröffentlichung in der Presse verantwortlich sein. Findet ein Antrag der einen Seite beim Koalitionspartner im Vorfeld der Einbringung keine Zustimmung, so werden sie dem Koalitionsausschuss zur Beratung und einvernehmlichen Klärung vorgelegt. Findet keine Einigung statt, so soll auf den Antrag zunächst verzichtet werden.

(3) Informationsaustausch

Die Koalitionspartner vereinbaren auf allen Gebieten der Zusammenarbeit einen weitgehenden Informationsaustausch. Damit soll sichergestellt werden, dass die Koalitionspartner bei anstehenden Abstimmungen und Handlungen über einen annähernd gleichen Informations- und Sachstand verfügen.

Der Informationsaustausch soll in Abhängigkeit der zu klärenden Fragen nach folgendem Schema erfolgen:

- a. Absprachen zum Tagesgeschäft (z.B. Vorlagen in der Stadtverordnetenversammlung, allgemeine Fragen) durch Kontakt der beiden Fraktionsvorsitzenden, ggf. auch mit eigenen Magistratsmitgliedern
- b. Absprachen schwieriger Art und komplexe Vorlagen/Anträge durch Zusammenkunft des Koalitionsausschusses

c. Absprachen grundlegender Art durch gemeinsame Fraktionssitzung

Darüber hinaus kann und soll der Informationsaustausch auch auf den jeweiligen Ebenen der Zusammenarbeit stattfinden.

(4) Koalitionsausschuss

Für die Abstimmung der parlamentarischen Zusammenarbeit wird spätestens mit dem Abschluss dieser Vereinbarung ein ständiger Koalitionsausschuss gebildet, der für alle Fragen der Zusammenarbeit und für den Informationsaustausch zuständig ist.

Der Koalitionsausschuss besteht aus den Fraktionsvorsitzenden der beiden Parteien und max. jeweils 3 weiteren Mitgliedern beider Parteien.

Die Sitzungen des Koalitionsausschusses werden abwechselnd vom FDP- und vom SPD-Fraktionsvorsitzenden geleitet, die auch für ein Beschlussprotokoll sorgen, das die Ergebnisse getroffener Abstimmungen dokumentiert.

Dem Koalitionsausschuss sind die unter Absatz (2) und (3) genannten Punkte zur Diskussion und internen Abstimmung vorzulegen. Das Gleiche gilt für Grundsatzentscheidungen (z. B. Stadtentwicklung, Baugebiete usw.), die sich aus Absatz (7) ergeben. Zwischen den Koalitionspartnern ist eine inhaltliche und verfahrenstechnische Einigung anzustreben.

Eine inhaltliche und/oder verfahrenstechnische Einigung ist in jedem Fall vor der jeweiligen Sitzung anzustreben. Dies geschieht durch den Koalitionsausschuss, Besprechung der Ausschussmitglieder und/oder eine Vorbesprechung vor der Magistratssitzung. Die Mitglieder des Koalitionsausschusses, insbesondere die Fraktionsvorsitzenden, werden sich für die Verwirklichung der gemeinsamen Politik einsetzen.

(5) Arbeitsgruppen

Auf Wunsch einer Partei kann zu einzelnen Sachthemen und auf Basis eines jeweils abgestimmten Arbeitsauftrages die Bildung von Arbeitsgruppen mit dem Ziel beschlossen werden, Vorschläge zu erarbeiten und Empfehlungen auszusprechen.

(6) Öffentlichkeitsarbeit

Die Koalitionspartner sind sich darüber einig, dass es bei jeder Partei auch weiterhin eine eigenständige Öffentlichkeitsarbeit geben wird.

Pressemitteilungen der Fraktionen werden vor Veröffentlichung der jeweils anderen Partei zur Kenntnisnahme zur Verfügung gestellt. Dies gilt nicht für die Veröffentlichungen von Anträgen, die dem Koalitionspartner zuvor vorgelegt wurden.

Angriffe auf Äußerungen und Personen des Koalitionspartners in Pressemitteilungen und/oder in der Öffentlichkeit sind von Seiten der Fraktionen und Parteien zu unterlassen.

(7) Andere Parteien

Die Koalitionspartner sind sich darin einig, dass Anträge der anderen im Stadtparlament vertretenen Parteien ergebnisoffen geprüft werden. Die Fraktionen streben auch hier ein einheitliches Abstimmen an. Deshalb soll die gemeinsame Haltung zu den Anträgen anderer Fraktionen im Vorfeld besprochen und Einigkeit diesbezüglich erzielt werden.

§ 2 Sachprogramm

Haushalt

Für die Koalition ist der Abbau der Altschulden und die weitere Gesundung der Steinbacher Finanzen eine zentrale Aufgabe, weil zu hohe Schulden die Handlungsmöglichkeiten der Stadt einschränken und zukünftige Generationen belasten. Eine moderne und soziale Stadt muss wirtschaftlich stark und finanziell handlungsfähig sein.

Steinbach hat in den vergangenen zehn Jahren viel erreicht. Mit der Entscheidung zur Teilnahme am sogenannten „Schutzschirmprogramm“ des Landes und der „Hessenkasse“, wurden und werden die Steinbacher Schulden kontinuierlich abgebaut. Auch wenn Steinbach mittlerweile vom Land Hessen erfolgreich aus dem „Schutzschirmprogramm“ entlassen wurde, prüft das Regierungspräsidium Darmstadt weiterhin unsere Haushaltsentwürfe und muss diese absegnen. Deshalb muss der Haushalt der laufenden Verwaltung jeweils ausgeglichen sein, außer man gleicht ihn durch eigene Rücklagen entsprechend aus.

Somit werden wir auch in Zukunft immer wieder sorgfältig zwischen Einnahmen und Ausgaben abwägen. Aus diesem Grund schließen wir keine Ausgabenkürzungen, Einnahmenverbesserungen und Verkäufe von städtischem Eigentum kategorisch aus.

Um auch in Zukunft weiter ausgeglichene Haushalte zu erreichen, werden wir:

- eine regelmäßige Bestandsaufnahme der Einnahmen und Ausgaben im Vergleich zum verabschiedeten Haushalt vornehmen, um Fehlentwicklungen zeitnah zu erkennen und unverzüglich gegensteuern zu können,
- Anpassungen der Hebesätze der Grundsteuer A und B durchdenken, wenn sie unumgänglich erscheinen,
- auch die Erhöhung der Hebesätze der Gewerbesteuer bei Notwendigkeit in Erwägung ziehen, wobei zu beachten ist, dass dadurch nicht die Konkurrenzfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Steinbach gefährdet wird. Steinbach muss steuerlich für Unternehmen attraktiv bleiben, um deren Abwanderung und damit einhergehende Einnahmeverluste zu vermeiden und die Ansiedlung neuer Unternehmen in unseren Gewerbegebieten nicht zu gefährden.

Uns ist bewusst, dass die Corona-Pandemie weitere negative Auswirkungen auf unsere städtischen Finanzen haben wird. Aber trotz aller Sparbemühungen, dürfen wir Steinbach nicht kaputtsparen. Notwendige Ausgaben in die Erhaltung der Infrastruktur und des Gemeinwesens müssen weiterhin erfolgen, um die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt zu erhalten. Einsparungen an der falschen Stelle kommen uns sonst später teuer zu stehen. Förderprogramme möchten wir für weitere Investitionen geschickt nutzen, beispielsweise wenn es um den notwendigen Neubau des Feuerwehrgerätehauses, den Neubau der städtischen Kindertagesstätte, die Sanierung oder den Neubau des Rathauses und der Investition rund um die alte Dorfmitte geht.

Wirtschaftsförderung & Gewerbe

Das neue Gewerbegebiet „Im Gründchen“ ist für Steinbach von herausragender Bedeutung. Denn die Steigerung der Gewerbesteuereinnahmen ist der Schlüssel zur Verbesserung der

Steinbacher Finanzen.

Auch das Gewerbegebiet südlich der Bahnstraße möchten wir attraktiver gestalten. Dass für alle Unternehmen nun Glasfaseranschlüsse angeboten werden, spielt dabei eine wichtige Rolle. Zur besseren Entwicklung des Gebiets ist der Markt weiter aufmerksam zu beobachten und die Stadt Steinbach sollte zum Verkauf stehende Gewerbeflächen erwerben, um diese ggf. zu größeren und damit besser zu vermarktenden Flächen zusammenzuführen. Die von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Vorkaufssatzung bietet dafür die rechtliche Grundlage.

Mit Blick auf die Wirtschaftsbetriebe im inneren Stadtgebiet ist es eine wichtige Aufgabe, Gewerbetreibenden geeignete Flächen zur Verfügung zu stellen, eine gute, funktionierende Infrastruktur bereitzustellen und vorhandene Flächen zu pflegen. Eine gesunde Gewerbe- und Einzelhandelsstruktur sowie verschiedene Gastronomiebetriebe erhöhen die Lebensqualität.

Um Wirtschaft und Gewerbe in Steinbach auch weiterhin zu fördern, möchten wir:

- die letzten freien Grundstücke im Gewerbegebiet nördlich der Bahnstraße vermarkten und die Erweiterung des neuen Gewerbegebiets weiter vorantreiben,
- die Schaffung zusätzlicher Ausbildungs- und Arbeitsplätze durch Ansiedlung und Förderung weiterer Unternehmen unterstützen,
- Neuansiedlungen von Geschäften im inneren Stadtgebiet Steinbachs fördern,
- den gewerblichen Anteil der Konzepte „Dorfmitte“ und „Bahnstraße“ weiterhin zielführend erhalten,
- ggf. mit Pop-Up Stores gegen den Leerstand von Ladenflächen auf der Bahnstraße etwas unternehmen,
- den vorhandenen Einzelhandel und die Gastronomiebetriebe in Steinbach weiterhin unterstützen,
- Initiativen zur Förderung der Unterstützung von Neugründern mit anderen Kommunen zusammen initiieren,
- einen Runden Tisch von Stadt, Gewerbeverein und Gewerbetreibenden wieder etablieren und damit die enge Zusammenarbeit zwischen Gewerbe und Stadt verbessern,
- den Wochenmarkt (Samstag) durch zusätzliche Aktionen von Stadt und Vereinen aufwerten, ggf. auch durch einen regelmäßigen Weinstand,
- auch den Dienstmärkte durch zusätzliche Aktionen von Stadt und Vereinen aufwerten, bspw. ihn auf den späteren Nachmittag und Abend verlegen, um Menschen zum Einkaufen und Verweilen an Essens- und Getränkeständen einzuladen. Auch eine Entwicklung in Richtung eines Bio-Marktes wäre in diesem Zusammenhang zu erwägen,
- insgesamt für beide Märkte prüfen, ob ein neues Konzept sinnvoll ist, wobei das befristete Aussetzen von Standgebühren oder deren Reduktion für die Marktbesucher sinnvoll sein kann,
- die professionelle Wirtschaftsförderung der Stadt zusammen mit dem Hochtaunuskreis und der Region Frankfurt/Rhein-Main unterstützen und ausbauen.

Umwelt-, Klimaschutz & Regenerative Energien

Umwelt- und Klimaschutz sind für die Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen essentiell. Die Themen greifen in sämtliche andere Bereiche der Stadtpolitik und werden von uns vorrangig berücksichtigt. Die Koalition unterstützt die langfristigen Ziele Deutschlands und der Europäischen Union in diesem Bereich aus voller Überzeugung.

Für Umwelt- und Klimaschutz sowie den Ausbau regenerativer Energien wollen wir:

- einen Klimaschutzmanager einstellen und ein Klimaschutzkonzept ausarbeiten,
- weiterhin die gezielte Beratung von Hausbesitzern unterstützen, die überlegen, Dachflächen für Solaranlagen zu nutzen, Wärmedämmung vorzunehmen oder im Haus oberflächennahe Erdwärme zum Einsatz zu bringen,
- Solaranlagen bewerben (weil hohe Förderung vom Staat), neue und innovative Solartechniken prüfen und sie auf Gebäuden der Stadt einrichten sowie prüfen, ob die Errichtung einer sog. „Bürgersolaranlage“ in Steinbach sinnvoll ist,
- die Einrichtung von Zisternen fördern,
- bei neuen Straßen und Wegen bzw. Sanierungen prüfen, ob wasserdurchlässige Materialien eingesetzt werden können, um weiterer Bodenversiegelung entgegenzuwirken,
- zusätzliche neue Steingärten im privaten und öffentlichen Bereich unterbinden,
- städtische Gebäude energetisch sanieren, um langfristig Heizkosten zu sparen,
- weitere E-Lademöglichkeiten für Kfz und Rad schaffen, den städtischen Fuhrpark auf E-Fahrzeuge umrüsten sowie Car-Sharing-Angebote weiterhin fördern,
- einen Stadtbus, der von neuen Energien angetrieben wird, als Rundbus oder Punkt-zu-Punkt-Verbindung zu etablieren, wobei dies ggf. auch als ein Pilotprojekt unter Nutzung von Fördergeldern geschehen kann,
- die Steinbacher Straßenbeleuchtung genauer in den Blick nehmen, um u.a. nachhaltige Energien zum Einsatz zu bringen und das Stadtbild zu attraktivieren. Hierbei kann die flächendeckende Umrüstung der vorhandenen Straßenlaternen zu intelligenten und digitalen Smart-Pole-Straßenlaternen mit LED-Beleuchtung, Solarpanels, E-Lademöglichkeiten, Parkplatzmanagement, WLAN-Sendeeinrichtungen etc. eine wichtige Rolle spielen,
- den Stadtwald als Erholungsbereich erhalten und fördern sowie klimatechnisch optimieren. Der Baumbestand und die Arten sind hinsichtlich der zukünftigen Klimagegebenheiten zu verbessern. Er sollte für alle Generationen als Ausflugsziel attraktiver gestaltet werden, worunter bspw. auch Veranstaltungen wie eine Weihnachtsaktion im Wald für Kinder und Familien fallen können,
- Steinbach als Stadt im Grünen erhalten, auch der wichtigen Frischluftversorgung wegen.

Wohlfühlen in Steinbach

Die Lebensqualität in Steinbach genießt bei uns einen sehr hohen Stellenwert. Wir möchten, dass alle Bürgerinnen und Bürger, ob im nördlichen oder südlichen Teil der Stadt, hier gerne leben und sich mit Steinbach und seiner Gemeinschaft identifizieren können.

Zur weiteren Steigerung der Lebensqualität strebt die Koalition einen Stadtpark an, der den Menschen in den Bereichen Freizeit, Sport und Kultur ein neues und attraktives Angebot macht und ein erkennbarer Schritt nach vorne in der Stadtentwicklung ist. Ein Stadtpark sollte allen Generationen etwas bieten.

Unser Ziel ist, die Steinbacherinnen und Steinbacher über Ort und Ausstattung des Parks mitentscheiden zu lassen, weshalb es ein geeignetes Bürgerbeteiligungsformat zu implementieren gilt, um tatsächlich Repräsentativität sicherzustellen. Die Koalitionspartner erwägen zudem, mit einem gemeinsamen Vorschlag als Diskussionsgrundlage in den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern einzutreten.

Des Weiteren setzen wir uns ein für:

- einen Ausbau der öffentlichen Flächen in der Steinbachaue entlang dem Steinbach zu einer zusammenhängenden, naturorientierten Parklandschaft mit Rundwegen. Dabei soll das

Konzept vorsorglich auch schon den Bereich von der Apfelweinbrücke bis zur Eisenbahnbrücke beplanen. Ruhe- und Aufenthaltsbereiche mit Bank-Tisch-Kombinationen sowie kleinere Aktionsflächen können wir uns hier sehr gut vorstellen,

- weitere attraktive Spiel-, Sport- und Aktionsflächen in der gesamten Stadt, eine Weiterentwicklung des bestehenden Trimm Dich-Pfades zu einem modernen Fitness-Parcour sowie die Ausweisung weiterer Jogging- und Laufstrecken,
- eine Attraktivierung des Stadtwaldteichs,
- die Weiterführung des Spazierweges „Unter der Weid“ oberhalb der Gärten als Kiesweg sowie mehr Fuß-, Wander- und Radwege insgesamt,
- eine deutliche Verkürzung der Zeitspanne zwischen dem Auftreten von Schlaglöchern in Gehwegen und deren Beseitigung, um die Sicherheit der Fußgänger zu erhöhen und Barrierefreiheit zu fördern,
- mehr öffentliches Grün insgesamt. Dabei sind die Pflegemöglichkeiten durch die Stadt im Blick zu behalten sowie die Unterstützungsmöglichkeiten durch ehrenamtliche Initiativen wie bspw. „Steinbach blüht“. Und auch Patenschaftsmodelle bspw. für Blumeninseln sind zu erwägen,
- neue Bäume auch entlang von Seitenstraßen/Straßenrändern sowie Blumeninseln, bspw. am Freien Platz oder St.-Avertin-Platz,
- eine Begrünung aller Stadteinfahrten nach Steinbach durch die Pflanzung von Baumalleen, wie bspw. zwischen Aldi/Rewe und Berliner Straße,
- den Erhalt der Grünflächen oberhalb der Brummermannsiedlung und der Obergasse,
- die Modernisierung oder Sanierung aller Steinbacher Spielplätze, welche nicht erst in jüngster Vergangenheit eine entsprechende Erneuerung erfahren haben und in diesem Rahmen auch eine Schaffung von mehr Sonnenschutz sowie Bank-Tisch-Kombinationen bzw. Aufenthaltsmöglichkeiten. Auch die Entwicklung eines der Spielplätze hin zu einem Abenteuerspielplatz möchten wir prüfen,
- eine Erweiterung des Kleinkinderspielplatzes am Weiher, wobei wir hier eine Brücke errichten sowie prüfen möchten, ob eine Umzäunung oder teilweise Begrenzung zum Schutz der Kinder und zur Entlastung der Eltern sinnvoll ist,
- die Errichtung eines Wasserspielplatzes,
- den barrierefreien Ausbau der Friedhofstoilette, um diese besser für die Friedhofsbesucher, als auch für die Besucher der Weiherspielplätze und die Öffentlichkeit nutzbar zu machen,
- neue Aufenthaltsbereiche und Rückzugsorte für Jugendliche mit Überdachungen und Bank-Tisch-Kombinationen. In diesem Rahmen möchten wir zudem Spiel- und Aktionsflächen mit Jugendlichen zusammen beraten und schaffen, wie bspw. eine Halfpipe, eine Street Soccer-Fläche oder ein Bereich zum Dirt Bike-Fahren und dies ggf. in dezentraler Lage im Außenbereich, um den Rückzugscharakter zu unterstreichen. Ein Teil der Fläche des ehemaligen Waldbadgeländes würde sich dafür eignen, wobei wir auch eine zweckgebundene gewerbliche Nutzung nicht ausdrücklich ausschließen wollen,
- vermehrt kostenfreies WLAN im Stadtgebiet und eben solchen Bereichen, die wir Jugendlichen zur Verfügung stellen möchten,
- eine Prüfung nach weiteren geeigneten Kleingartenstandorten für Steinbacher Familien,
- die Prüfung einer „Steinbacher Tafel“, auch um der Lebensmittelverschwendung entgegen zu wirken.

Im Rahmen des Gedankens „Steinbach unsere Heimatstadt“ möchten wir:

- dass der historische Ortskern Steinbachs erhalten bleibt. Mit dem Förderprogramm „Lebendige Zentren“ und dem Projekt „Dorfmitte“ wollen wir dem Verfall von historischen Gebäuden (städtischen wie privaten) entgegenwirken. Wir behalten uns zudem vor, das Gebiet für „Lebendige Zentren“ ggf. zu erweitern, wenn es ein sinnvolles Projekt gibt, welches dies erfordert,

- mit einer einheitlichen Pflasterung den Charakter der Dorfmitte, unter Berücksichtigung von verkehrstechnischen Sicherheitsaspekten und in Verbindung zur Gestaltung der Bahnstraße, bewahren sowie neue sinnvolle Wegeverbindungen und Raumgestaltungen durch neue Plätze andeuten,
- die Geschichte Steinbachs im Stadtbild sichtbar machen, um unsere Identität zu stärken und bspw. markante Gebäude wie die St. Georgskirche durch Nachtbeleuchtung hervorheben,
- weiterhin die Eröffnung von gemütlichen Lokalitäten durch die kreative und ideenreiche Privatwirtschaft unterstützen. Glücksspiel gehört für uns nicht dazu und eine Ansiedlung wird von uns daher abgelehnt,
- dass befestigte Wege Namen und Straßenschilder erhalten. Neue Namen sollen vorrangig aus der Orts- und Heimatgeschichte bzw. aus dem Kontext der umliegenden Benennungen abgeleitet werden. In diesem Zusammenhang sollte der Nicolaiweg auch offiziell diesen Namen erhalten und eine Benennung des Weges am Bahnhof stattfinden,
- das Stadtfest des Gewerbevereins weiter unterstützen, weil es das größte und wichtigste öffentliche Fest in Steinbach ist sowie einen „Steinbacher Sommer“ ins Leben rufen und insgesamt versuchen, bei Festen und kulturellen Veranstaltungen mit Nachbarkommunen zu kooperieren, wenn es von Vorteil erscheint.

Kunst und Kultur sind in unserer Gesellschaft ein hohes Gut der Freiheit und des gemeinschaftlichen Lebens. Deshalb wollen wir:

- im Zuge des Förderprogramms „Lebendige Zentren“ auf dem Anwesen Link ein kleines Kulturzentrum entstehen lassen. Die Alte Schmiede soll dabei als multifunktionaler Raum für Empfänge, temporäre Ausstellungen Steinbacher Vereine oder von Künstlern und als Kleinkunst- und Musikbühne genutzt werden. Der Außenbereich ist in dieses Konzept mit einzubeziehen,
- die Traditionspflege und stadtarchivarische Arbeit des Geschichts- und Heimatkundevereins mit dem Museum fördern. Im Wohnhaus Link soll das Heimatmuseum einen neuen Platz finden und die Stadtgeschichte anschaulich und umfassend darstellen. Der bisherige Raum im Keller des Backhauses soll Teile eines neuen zusätzlichen Geschichts- und Stadtarchivs beherbergen,
- das Backhaus im 1. OG so umgestalten, dass das alte Trauzimmer als Multifunktionsraum genutzt werden kann,
- Räume für Kunst und Kultur zur Verfügung stellen, wozu bspw. auch Proberäume für Bands in Steinbach gehören,
- Open Air-Kino in Steinbach sowie Kinoveranstaltungen im Bürgerhaus, welche bspw. mit unterschiedlichen Angeboten an Kinder, Jugendliche, Erwachsene oder Senioren eingerichtet werden könnten.

Kinder, Jugend, Familien & Bildung

Eine erfolgreiche Kinder-, Jugend-, Familien- und Bildungspolitik ist eine Investition in die Zukunft unserer Stadt und zugleich eine wichtige soziale Aufgabe. Die Themen greifen auch in andere Politikbereiche über und die Koalitionäre stimmen darin überein, dass sie in der Steinbacher Politik künftig einen noch höheren Stellenwert erhalten müssen. Die von der Koalition initiierte Familienbrochure möchten wir in diesem Zusammenhang schnellstmöglich fertigstellen.

Für junge Familien ist das Betreuungsangebot für die ganz Kleinen – die Unter-3jährigen – ein ganz entscheidender Faktor. Hier gilt unser Grundsatz der Wahlfreiheit für die Entscheidung zwischen

verschiedenen pädagogischen Konzepten und Trägern. FDP und SPD begreifen Betreuungseinrichtungen jedoch nicht in erster Linie als Verwahrung zur Entlastung der Eltern, sondern als Stätten frühkindlicher Bildung und Befähigung.

Im Bereich der frühkindlichen Betreuung möchten wir:

- kurzfristig die Beiträge für die U3-Betreuung bei EUR 400,- pro Kind deckeln mit einem jährlichen Inflationsausgleich von 2%. Die Koalitionspartner sind sich einig, dass Betreuung aller Kinder in Kitas beitragsfrei sein sollte, dies jedoch für Steinbach nur erreicht werden kann, wenn die hessische Landesregierung die Kita-Gebühren übernimmt, wie es in anderen Bundesländern der Fall ist,
- die Stadtverwaltung mit der Prüfung des Gebührenmodells beauftragen, wobei auch betrachtet werden soll, ob ggf. eine Beitragsorientierung an den tatsächlich gebuchten Modulen sinnvoll ist,
- die Zahl der Betreuungsplätze von städtischen und kirchlichen Einrichtungen auch weiterhin ausbauen,
- eine neue Kita im Wingertsgrund mit vier Ü3-Gruppen, zwei U3-Gruppen sowie Integrationsgruppen bauen, die zudem um ein Familienzentrum erweitert und zwei Stockwerke mit bezahlbarem Wohnraum für die Angestellten haben wird,
- neben dem Angebot von Plätzen auch die Qualität der Betreuung in den Kindertagesstätten und Kindergärten verbessern. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der unterschiedlichen Einrichtungen sollen deshalb regelmäßig zu einem „Qualitätsforum Kinderbetreuung“ zusammenkommen, das selbständig an Analyse, Zielsetzung und Qualitätsverbesserung arbeitet und über seine Arbeit berichtet,
- die Öffnungszeiten und das Betreuungsangebot im Einvernehmen mit den Erzieherinnen und Erziehern noch familienfreundlicher und die Betreuungszeiten flexibler gestalten. Dazu sollen die Kindergärten verstärkt zusammenarbeiten und eine zentrale Platzanmeldung in Steinbach erfolgen,
- das Programm KISS (Kinder-Sprach-Screening) zur Früherkennung von Problemen bei Sprachfähigkeit und Kommunikationsverhalten fortführen,
- prüfen inwiefern ein „Waldkindergarten“ möglich ist, wobei zunächst wochenweise Gruppen in einem Bauwagen betreut werden könnten, welcher für dieses Projekt im Wald abgestellt und entsprechend eingerichtet werden sollte,
- neben attraktiven Krippen, auch eine attraktive Tagespflege. Private Tagesmütter und -väter sollen gestärkt werden, damit sich auch in Zukunft genügend Tagesmütter und -väter zur Betreuung von Kindern entscheiden. Dies kann durch bessere Information und Vermittlung sowie Rahmenbedingungen und Zuschüsse passieren, wie bspw. eine Investitionskostenpauschale pro Kind, denn die Stadt muss für private Tagespflege selbst kein Geld für die Einrichtung eines Betreuungsplatzes aufwenden,
- Gespräche mit Vereinen, Kirchen und Privatanbietern zur Einführung von Krabbelgruppen und Spielkreisen führen.

Bei Schule und Bildung ist unser Ziel:

- langfristig und in Kooperation mit dem Kreis, dem Land und vor allem der Schulgemeinde, die Geschwister-Scholl-Schule zu einer Ganztagschule auszubauen,
- die Phorms-Schule auch weiter zu unterstützen. Sie ist ein Aushängeschild für unsere Stadt und Region und bereichert unsere Schullandschaft als zweisprachige Privatschule (Deutsch/Englisch),
- die Steinbacher Stadtbücherei weiterhin kostenfrei zu halten. Sie soll zu einem Zentrum für Kultur und Bildung werden. Wir unterstützen ausdrücklich die Initiativen zu einer attraktiven

Umgestaltung der Räumlichkeiten. Projekte wie die Vorlesestunden sollen ausgeweitet und bekannter gemacht werden,

- weitere Programme zur Förderung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen zu suchen, prüfen und ggf. in geeigneter Weise einzuführen.

In der Jugendpolitik möchten die Koalitionäre neue Akzente setzen. Wir wollen erreichen, dass Steinbachs Jugendliche sich wieder mehr mit ihrer Stadt identifizieren können, indem wir ihnen neue Angebote machen. Zudem ist uns bewusst, dass der größte Teil der Jugendarbeit in den Vereinen stattfindet. Auch diese möchten wir stärken, da dies auch langfristig den Bestand unserer Vereine sichert.

FDP und SPD wollen im Bereich Jugendpolitik:

- einen Jugendtreff schaffen als niedrigschwellige Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche. Hier bedarf es der Stelle einer hauptamtlichen Fachkraft (Sozialarbeit/Sozialpädagogik), die sowohl im Jugendtreff als auch dezentral in Steinbach Angebote mit und für Jugendliche plant und durchführt. Durch sie kann auch ein Konzept zur aufsuchenden Jugendarbeit (Streetwork) bei Bedarf entwickelt werden, um auch Randgruppen oder schwer erreichbaren Jugendlichen ein Angebot zu machen,
- eine Vernetzung mit anderen Gemeinden (z.B. Oberursel) erreichen, um für die Konzeptentwicklung der städtischen Jugendarbeit in Steinbach von deren Erfahrungen zu profitieren,
- dass für das Familienzentrum, welches an der neuen Kita im Wingertsgrund entstehen soll, ein Konzept entwickelt wird, bei dem auch Angebote und Beratung für Familien im Fokus stehen,
- die Netzwerkarbeit zwischen Steinbacher Einrichtungen im Sinne der Familien intensivieren und durch die Stadt stärker unterstützen lassen. Auch für die Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher entstehen durch eine einrichtungsübergreifende Netzwerkarbeit Synergieeffekte. Hier könnte bspw. die Kinderbeauftragte der Stadt Steinbach eine koordinierende Rolle übernehmen,
- mehr kleinteilige, dezentrale Angebote machen. Jugendliche brauchen altersgerechte und nach Altersstufen getrennte Rückzugsorte, die ggf. auch überdacht sein und kostenfreies WLAN haben sollten. Wie unter „Wohlfühlen in Steinbach“ beschrieben, möchten wir zusätzliche Spiel- und Aktionsflächen schaffen, wie bspw. eine Halfpipe, eine Street Soccer-Fläche oder ein Bereich zum Dirt Bike-Fahren,
- Jugendliche auch für Politik selbst begeistern und sie zum Mitmachen animieren. Dazu möchten wir das Gespräch mit den Kirchen, Vereinen und politischen Jugendorganisationen suchen.

Seniorinnen und Senioren

FDP und SPD ist es wichtig, dass sich alle Steinbacherinnen und Steinbacher wohlfühlen. Das gilt für die jüngeren, genauso wie für die älteren Senioren unter uns. Steinbach hat bereits viel für diese Zielgruppen zu bieten, aber wir möchten dies weiter ausbauen.

Konkret wollen wir die Lebensqualität für Senioren erhalten und verbessern durch:

- die Fortführung der Seniorenbrochure der Stadt, welche Informationen über bestehende Angebote in diesem Bereich gibt sowie eine Beibehaltung der Seniorenkommission,
- unseren Einsatz, das Angebot für altersgerechtes Wohnen weiter zu verbessern, vor allem durch Umbauten im Bestand, insbesondere bei öffentlich geförderten Wohnungen. Wir möchten zudem den Bau von Mehrgenerationenhäusern politisch unterstützen. Senioren soll es ermöglicht werden, auch in fortgeschrittenem Alter ihr gewohntes soziales Umfeld nicht verlassen zu müssen,
- gute ärztliche Betreuungsangebote in Steinbach, die den Bedürfnissen älterer Menschen gerecht werden. Auch möchten wir die privatwirtschaftliche Einrichtung von Räumlichkeiten

- für ambulante Tagespflege unterstützen, um Angehörige zu entlasten,
- die Ausarbeitung altersgerechter Veranstaltungen und Unterhaltungsangebote, wie bspw. Kino im Bürgerhaus und ggf. auch anschließender Diskussionsrunden. Dazu zählt auch die Reaktivierung des Erzählcafés durch Vereine und Eigeninitiative,
- die Weiterführung der sehr beliebten Kaffeenachmittage der Stadt. Zusätzlich wünschen wir uns mehr Seniorenausflüge, kostendeckend organisiert durch die Stadt. Zudem möchten wir schauen, inwiefern Vereine und andere Organisationen hier mit der Stadt kooperieren können, um die Stadt zu entlasten und Synergien zu realisieren,
- bessere Mobilitätsangebote für Senioren. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass die Versorgung mit Dingen des täglichen Bedarfs in Laufreichweite stattfinden kann, durch Nachbarschaftshilfe oder „die brücke“ und insbesondere durch die Verbesserung der Erreichbarkeit von Märkten mit öffentlichen Verkehrsmitteln,
- die Unterstützung altersgerechter Weiterbildungsmöglichkeiten, insbesondere der Volkshochschule, aber auch dadurch, dass die Angebote der Universität Frankfurt für Senioren bekannter gemacht werden,
- die Aufstellung weiterer Seniorenbänke, welche in Steinbach mittlerweile sehr beliebt sind, da sie sich insbesondere für Personen eignen, die auf einen Rollator angewiesen sind.

Vereine, Gemeinschaftswesen & Integration

Unsere Vereine, Kirchengemeinden und anderen ehrenamtlichen Organisationen leisten einen unschätzbaren Beitrag für unsere Stadt und die Menschen. Sie fördern Integration, ermöglichen Kindern und Jugendlichen neue Erfahrungen zu sammeln und stärken deren Selbstbewusstsein und Gemeinsinn. Auch in Zukunft werden wir sie deshalb nach Kräften unterstützen.

Die Koalition möchte deshalb:

- Steinbachs großes Sportzentrum erhalten und pflegen, eine schrittweise Sanierung der Altkönighalle sowie Abriss und Neubau der Umkleiden des Waldstadions, wobei dies mit Förderprogrammen, aber auch durch Eigenleistung der Vereine geschehen soll,
- die Beiträge der Vereine – insbesondere der Jugendgruppen – für die Nutzung der Sport- und Versammlungsstätten niedrig halten sowie jährlich eine freie Großveranstaltung, eine weitere freie Jugendveranstaltung und eine freie Mitgliederversammlung,
- schnellstmöglich den Neubau des Feuerwehrgerätehauses realisieren. Denn dies ermöglicht zukünftig nicht nur eine bessere Brandbekämpfung, sondern wir sind auch sehr stolz auf die hervorragende Arbeit unserer Feuerwehr und drücken so u.a. unsere Wertschätzung ihr gegenüber aus. Die Kameradinnen und Kameraden der Einsatzabteilung leisten freiwillig Dienst für unsere Gemeinschaft und gehen dabei auch gesundheitliche Risiken ein. Sie verdienen deshalb gute Ausrüstung und adäquate Unterbringung,
- die Kleiderkammer, die von der Arbeiterwohlfahrt (AWO) ehrenamtlich in der Seniorenwohnanlage Kronberger Straße 2 betreut wird, die Bürgerstiftung „Bürger helfen Bürgern“ sowie das Projekt „Sauberhaftes Steinbach“ auch in Zukunft unterstützen,
- traditionelle Veranstaltungen wie das Rathauskonzert inklusive Flohmarkt, den Bürgerschoppen, die Kerb, den Jazz am Apfelweinbrückchen, die historische Grenzwanderung, den Weihnachtsmarkt und unser Stadtfest fortführen,
- unsere Partnerschaften mit St. Avertin in Frankreich und Steinbach-Hallenberg in Thüringen weiterhin pflegen,
- das Konzept des Ehrenamtsabends überarbeiten und weiterentwickeln, wobei es unter anderem ein Ziel sein wird, mehr Ehrenamtlichen und ihren Familien und Freunden in einem

ihrem Einsatz angemessenen Rahmen danken zu können.

Die gezielte Integration der Flüchtlinge und seit langem hier lebenden Migranten ist eine zentrale Aufgabe der Politik und wird es auch in den kommenden Jahren bleiben. Hier werden wir uns dafür einsetzen:

- Programme und Maßnahmen zur Integration der in Steinbach lebenden Migranten fortzusetzen,
- dass Menschen unterschiedlicher Herkunft in Steinbach ein umfangreiches Angebot an Bildungsmöglichkeiten vorfinden, denn Bildung ist der Schlüssel zur Integration von Flüchtlingen und Migranten,
- für niedrigschwellige Angebote, welche für den Einstieg besonders wichtig sind. Deshalb wollen wir kostenlose Deutschkurse fortsetzen,
- die „Mama lernt Deutsch“-Projekte an der Schule und der evangelischen Kirche, die sehr erfolgreich sind, weiterzuführen. Ein Projekt „Papa lernt Deutsch“ ist notwendig und sollte ebenfalls auf den Weg gebracht werden,
- dass das Integrationsprogramm für junge Menschen aus Einwandererfamilien in Zusammenarbeit mit dem Hochtaunuskreis und der Caritas weitergeführt wird. Es beinhaltet den Aufbau einer Bildungsbegleitung durch ehrenamtliche Patenschaften,
- die Migrations- und Integrationsberatung der Caritas im Kreis weiter zu unterstützen sowie den Ausbau ihrer Hausaufgabenbetreuung,
- dass die Förderung des Sports für Migranten bzw. Flüchtlinge durch einen Sportcoach im Rahmen des aktuellen Landesförderprogramms in Zusammenarbeit mit den Vereinen fortgesetzt wird.

Soziale Stadt

Die „Soziale Stadt“ hat Steinbach nicht nur durch Bauprojekte verändert und verschönert, sondern auch das Zusammenleben und das Miteinander in unserer Heimatstadt auf ein neues Niveau gehoben. Durch die vielen Projekte, Veranstaltungen und Arbeitsgemeinschaften für Menschen jeden Alters und jeden kulturellen Hintergrunds, ist ein ganz besonderes Gemeinschaftsgefühl entstanden.

Wir möchten die Erfolgsgeschichte auch nach dem Ende des Förderprogramms „Soziale Stadt“ sicherstellen und seine Errungenschaften weiterentwickeln. Dies kann nur in einer Kombination aus hauptamtlicher Unterstützung und ehrenamtlichem Engagement gelingen. Hier wird es im besonderen Maße auf den neu geschaffenen Gesamtbeirat ankommen.

Um die Arbeit der Sozialen Stadt auch weiterhin zu gewährleisten, wollen wir:

- die aktuell noch geplanten baulichen Projekte erfolgreich durchführen, wozu die Sanierung der Berliner Straße gehört sowie die Aufwertung der Herzbergstraße,
- den Gesamtbeirat unterstützen und ihn vor parteipolitischer Einmischung schützen, da dieser sich von den Parteien unterscheiden soll. Wir möchten jedoch ausdrücklich unterstreichen, dass die im Stadtparlament vertretenen Parteien einen immensen Beitrag für unsere Demokratie, die Stadt und das Funktionieren unseres Gemeinwesens leisten,
- eine hauptamtliche Person bei der Stadt Steinbach zur Unterstützung bei der Fortführung der sozialen Projekte der „Sozialen Stadt“ einstellen.

Stadtentwicklung

Die langfristig gute Stadtentwicklung ist FDP und SPD sehr wichtig. Um sie zu gewährleisten, muss der geltende Stadtentwicklungsplan durch einen neuen ersetzt werden. Den formalen Anstoß dazu sollten alle vier Parteien des Stadtparlaments über einen gemeinsamen Antrag geben.

Die Themen Bauen und Wohnen sowie die Infrastruktur der Stadt, sind zentrale Elemente der Stadtentwicklung. Hier möchten wir:

- dass Steinbach weiter die Stadt im Grünen bleibt. Wir setzen uns für eine maßvolle Bebauung Steinbachs ein, wobei Hochhäuser und weiterer sozialer Wohnungsbau nicht angestrebt werden, da Steinbach über einen vergleichsweise hohen Bestand an Sozialwohnungen verfügt,
- uns mit Nachdruck dafür einsetzen, dass es keine Bebauung westlich der A5 geben wird und auch kein Frankfurter Steinbach-Ost,
- Steinbach langfristig zu einer barrierefreien Stadt entwickeln und behinderte Menschen sowie Interessenvertretungen nach Möglichkeit bei der Planung mit einbinden. Auch wenn Haushaltsmittel knapp sind, muss an dem Projekt „Unbehinderte Mobilität“ festgehalten werden. Der barrierefreie Ausbau aller Steinbacher Bushaltestellen wurde bis auf zwei Haltestellen bereits abgeschlossen,
- im Sinne einer gedeihlichen Mischung in zukünftigen Baugebieten den Nachholbedarf an hochwertigen, individuell beplanbaren Baugrundstücken aufholen. Mit den aus den Verkäufen resultierenden Einnahmen sollen insbesondere Projekte unseres neuen Förderprogramms „Lebendige Zentren“ und die Fortführung der Sozialen Stadt finanziert werden,
- die Vermarktung von Baugebieten durch Bauträger mit Rücksicht auf die städtischen Finanzen und die große Nachfrage privater Bauherren vermeiden. Baugrundstücke sollen stattdessen direkt an Private zum Höchstpreis verkauft werden,
- beim Neubaugebiet Taubenzehnten II einen harmonischen Übergang zwischen den Bauabschnitten 2 und 4 ermöglichen, weshalb in der letzten Reihe des 3. Bauabschnitts zwei sog. „Punkthäuser“ (analog Elisabethweg 2) entstehen sollen. Beide Objekte sollen von Investoren errichtet werden,
- dass eine weitere Nachverdichtung in den bekannten Wohnquartieren durchdacht und bei sinnvoller Möglichkeit maßvoll umgesetzt wird. Allerdings wird die Koalition auch prüfen, inwieweit mit Bebauungsplänen Projekte wie bspw. an der Ecke Staufenstrasse/Obergasse verhindert werden können, welche in der Bevölkerung auf wenig Akzeptanz stoßen,
- die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum als eine große gesellschaftliche Herausforderung auch in Steinbach weiter fördern. Die Koalition hat daher bspw. im 4. Bauabschnitt des Baugebiets Taubenzehnten II einen Antrag gestellt, dass 33% der dort - per Konzeptvergabe - entstehenden Wohnungen bezahlbarer Wohnraum für die Mittelschicht sein sollen. Das Objekt sowie die Außenflächen sollen dabei einem hohen architektonischen, ökologischen und optisch attraktiven Standard entsprechen und der anfallende PKW-Verkehr nicht über den landwirtschaftlichen Weg, sondern über die Straße „Im Taubenzehnten“ erfolgen,
- dass die Vergabe von bezahlbarem Wohnraum durch ein Mittelschichtsprogramm ermöglicht wird, welches als „Steinbacher Modell“ ins Leben gerufen werden und zugleich aktuellen rechtlichen Anforderungen entsprechen soll,
- aus der Fehlbelegungsabgabe keine Belegungsrechte erwerben, sondern langfristig öffentliches Wohneigentum in Steinbach schaffen. Belegungsrechte sollen mit Hilfe des Förderprogramms „Frankfurter Bogen“ gesichert werden. Sozialwohnungen der Stadt sollen auch weiterhin in ihrem Bestand verbleiben,
- keine Denkverbote bzgl. der aktuellen Grundstücke des Rathauses sowie der Feuerwehr daneben. Wir sind offen für alle Lösungen, um der Stadtverwaltung mehr und besseren Raum zu

- bieten, gleichzeitig neues Wohnen, Gewerbe und mehr am Standort zu schaffen und den Ort für alle Steinbacher zu attraktivieren,
- schnelles Internet für ganz Steinbach. Die Breitbandinfrastruktur ist ein wichtiger Standortfaktor für Gewerbe und Wohnen. Da mit weiterem Bedarf an Bandbreite zu rechnen ist, soll die Mitverlegung von Leerrohren für Glasfaserkabel bei Straßenerneuerungen in Steinbach Standard sein. In Neubaugebieten sollten möglichst von Anfang an Glasfaserkabel verlegt werden,
 - die Einrichtung eines Kreisels am Neuwiesenweg Richtung Sport- und Fitnesspark, auch wenn wir wissen, dass dies aufgrund von Gemarkungsschwierigkeiten nicht ganz leicht sein wird,
 - prüfen, inwiefern ein Gesundheits-/Ärztelhaus sinnvoll ist und dessen Errichtung gefördert werden kann. Zudem wäre eine Kinderarztpraxis in Steinbach ein echter Gewinn.

Mobilität

Eine hohe Priorität hat für uns in diesem Bereich die Mobilitätswende. Nicht nur der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ist das Zukunftsthema in einer wachsenden Region wie dem Rhein-Main-Gebiet, auch die Förderung des Radverkehrs liegt uns am Herzen. Der Fuß- und Radverkehr muss ausgebaut und gleichberechtigt mit dem Autoverkehr behandelt werden. Wir möchten Steinbach vom Durchgangsverkehr entlasten sowie eine Reduzierung der Anliegerbewegungen im eigenen Kfz erreichen. Steinbach braucht attraktive ÖPNV-Verbindungen, sichere Radwege sowie eine bedarfsgerechte Erhaltung und Ausbau seiner Verkehrsinfrastruktur.

Unter dem Gedanken „Fahrradstadt Steinbach“ werden wir:

- uns für neue Radwege für den Alltagsverkehr in Steinbach einsetzen sowie die Schaffung von Fahrrad- oder Schutzstreifen mit eindeutiger, durchgehender Markierung auch im Kreuzungsbereich, um die Sicherheit der Radfahrer zu erhöhen,
- den Bau der Radwegeverbindungen nach Niederhöchststadt sowie nach Oberhöchststadt unterstützen,
- mehr Abstell- und Sicherungsmöglichkeiten für Fahrräder im Stadtgebiet schaffen, weitere Fahrradboxen im Bereich des Bahnhofs sowie ggf. auch Lademöglichkeiten für E-Bikes, um für mehr Steinbacher die Nutzung der Bahn interessant zu machen und den Autoverkehr zum Bahnhof zu reduzieren,
- die Prüfung von Fahrradstraßen anstoßen,
- bei der Entwicklung der „Fahrradstadt Steinbach“ generell den ADFC einbinden.

Die Koalition begrüßt die von der Deutschen Bahn angekündigte Sanierung und Modernisierung des Steinbacher Bahnhofs und wird diese nach Kräften unterstützen. Den öffentlichen Personennahverkehr wollen wir weiter verbessern durch:

- die Erhaltung der Buslinien 251, 252 und 91 als Zubringer und Stadtbus, auch um den Bahnhof am Rande der Stadt besser erreichen zu können,
- die Zusammenarbeit mit den Nachbarstädten und den überregionalen Verkehrsverbänden an einer besseren Verzahnung der Buslinien, um bspw. eine bessere Verbindung ins Eschborner Gewerbegebiet zu erreichen. Gleichzeitig setzen wir uns weiterhin für eine Reform der RMV-Tarife ein, wobei wir erreichen wollen, dass Steinbach wie Eschborn-Süd in die Frankfurter Tarifzone einbezogen wird, zumindest aber die Tarife sich stärker an den gefahrenen Kilometern orientieren,
- einen Stadtbus, der von neuen Energien angetrieben wird, als Rundbus oder Punkt-zu-Punkt-Verbindung, wobei dies ggf. auch als ein Pilotprojekt unter Nutzung von Fördergeldern geschehen kann,
- den Bau der sogenannten Regionaltangente West, die Bad Homburg, Steinbach, Eschborn

und Frankfurt-Höchst mit dem Flughafen und Neu-Isenburg verbinden soll, welchen wir nachdrücklich befürworten.

Mittelfristig braucht Steinbach ein ganzheitliches und zukunftsweisendes Verkehrskonzept. Dieses soll parallel und anlog zu einem Stadtentwicklungsplan als Gesamtverkehrsentwicklungsplan gesehen werden. Die Ausarbeitung könnte durch externe Fachleute oder auch in Zusammenarbeit mit einem Uniprojekt geschehen.

Des Weiteren möchten wir:

- den innerörtlichen Verkehr beruhigen, verstetigen und durch den Ausbau und das Anbieten von alternativen Verkehrsmöglichkeiten reduzieren,
- weitere E-Lademöglichkeiten für Kfz in der Stadt schaffen,
- uns für eine attraktive und repräsentative Gestaltung des Europakreisels einsetzen,
- die Steinbacher ermuntern, ihre Kinder öfter zu Fuß oder mit dem Rad zur Schule zu bringen, um Staus rund um die Geschwister-Scholl-Schule zu vermeiden,
- unabhängig von einem Verkehrskonzept, die Parkplatzproblematik im Blick behalten. Kreatives Schaffen von Parkraum, langfristig gesehen die digitale Steuerung von freien Parkbereichen und vor allem zeitnah die zielgerichtete Bewerbung von vorhandenen, bezahlbaren Parkmöglichkeiten in privatwirtschaftlichen Bereichen, müssen umgesetzt werden. Alte Parkverbotsmuster sollten überdacht werden,
- die Stadtverwaltung ergebnisoffen prüfen lassen, ob in Steinbach Anwohnerparken zielführend eingerichtet werden kann und das Ergebnis in der Stadtverordnetenversammlung vorstellen lassen.

Sicherheit, Ordnung & Sauberkeit

Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit sind elementare und wichtige Wohlfühlfaktoren in Steinbach. Wir möchten, dass alle Steinbacherinnen und Steinbacher sich mit ihrer Stadt identifizieren können, da dies auch dazu führt, dass jeder einzelne mehr unternimmt, um die Stadt ordentlich und sauber zu halten. Zudem möchten wir das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung erhöhen, da dieses teilweise von der Polizeistatistik bzw. der tatsächlichen Sicherheitslage abweicht.

Die Koalitionäre haben deshalb vereinbart:

- die gute Zusammenarbeit mit der Polizeistation Oberursel fortzusetzen, das Projekt „Schutzmann vor Ort“ weiter zu unterstützen und den Präventionsrat in Rat für Vorsorge, Ordnung, Sicherheit & Sauberkeit umzubenennen und dadurch auch dessen Fokus zu schärfen,
- die Stadtpolizei aufzustocken, um verstärkt Präsenz auch zu Fuß und mit dem Rad zu ermöglichen sowie in den Abend- und Nachtstunden und am Wochenende,
- die Sicherheitsinitiative KOMPASS mit dem Land Hessen weiter zu führen und die entsprechenden Vorteile für Steinbach zu nutzen. Dazu kann u.a. zählen, den Einsatz von Videoüberwachung an neuralgischen Punkten prüfen zu lassen, wozu auch die rechtlichen Voraussetzungen gehören,
- wie schon im Bereich „Umwelt-, Klimaschutz & Regenerative Energien“ beschrieben, die Beleuchtungssituation in der Stadt zu verbessern und dadurch auch die Sicherheit in den Abendstunden sowie der Nacht zu erhöhen,
- mehr und größere Abfallbehälter an stark frequentierten Wegen und Plätzen aufzustellen, Papier- und Glascontainer öfter zu leeren, wilden Sperrmüll stärker zu bekämpfen sowie den Containerplatz besser zu kontrollieren, um das Erscheinungsbild der Stadt insgesamt

- zu verbessern und Steinbach sauberer zu machen,
- die Einführung der blauen Papiertonne für die Steinbacher Haushalte zu prüfen,
- die kostenfreie Entsorgung von Grünabfällen und Sperrmüll in Steinbach beizubehalten und bei Grünabfall mehr Kontrollen durch die Stadtpolizei stattfinden zu lassen, um Missbrauch durch Einwohner aus angrenzenden Städten und Firmen zu unterbinden,
- den Containerplatz an einen zentralen Standort zu verlegen, wenn entsprechende sinnvolle Flächen dafür gefunden werden,
- das elektronische Beschwerdemanagement „Mängelmelder“ zur Übermittlung und Nachverfolgung von Vorfällen an die Stadtverwaltung beizubehalten und die App dazu neu zu konzipieren, um sie benutzerfreundlicher zu machen,
- eine stärkere Zusammenarbeit mit Wohnungsbaugesellschaften anzustreben, um zusammen besser Ordnung und Sauberkeit herzustellen,
- Nachbarschaftsinitiativen fortzuführen sowie das Leon-Hilfe-Insel-Programm für Kinder,
- dass die Sauberkeit am Bahnhof deutlich verbessert werden muss, damit sich die Bürgerinnen und Bürger dort wohler und sicherer fühlen können.

Rathaus & Stadtparlament

FDP und SPD ist es wichtig, dass die Stadtverwaltung und ihre Mitarbeiter moderne Arbeitsplätze bekommen, um auch einen entsprechenden Service und Bürgerbetreuung leisten zu können. Wie unter „Stadtentwicklung“ angeführt, wird es eine Aufgabe in den nächsten Jahren sein, zu prüfen, wie dies im Rahmen einer Rathaussanierung oder -neubau geschehen kann.

Des Weiteren haben wir vereinbart:

- die Digitalisierung voranzutreiben und die Stadtverwaltung bei der Umsetzung politisch zu unterstützen,
- weitere Ausbildungsplätze einzurichten sowie durch interkommunale Zusammenarbeit und Zusammenlegung neue Kapazitäten besser zu nutzen,
- darauf zu achten, dass es ein ausgeglichenes Verhältnis von weiblichen und männlichen Mitarbeitern gibt (bei gleicher Qualifikation),
- die Einrichtung eines Bürger-PC-Centers (mit PCs, Office-Software, Internet, Drucker, Scanner) zu prüfen, um auch Bürgern ohne entsprechende technische Ausstattung den Zugang zu digitalen Antragswegen und allen anderen Leistungen der Verwaltung zu ermöglichen,
- das politische Geschehen in Steinbach, insbesondere die Arbeit des Stadtparlaments, transparenter und für Bürger und die städtischen Mitarbeiter nachvollziehbarer zu machen. In diesem Zusammenhang haben die Koalitionäre auch die Übertragung von Stadtverordnetenversammlungen im Internet erwogen, kommen jedoch zum Datum des Abschlusses dieser Vereinbarung zu dem Ergebnis, dass es dafür aktuell keine Mehrheit gibt. Bei diesem Thema gibt es die berechtigten Interessen der weniger mobilen Steinbacherinnen und Steinbacher, die nicht zu den Sitzungen ins Bürgerhaus kommen können, als auch die Interessen der ehrenamtlich tätigen Stadtverordneten und Magistratsmitglieder hinsichtlich ihrer Persönlichkeitsrechte.

§ 3 Personalentscheidungen

(1) Mitglieder in parlamentarischen Gremien

Die nachfolgend genannten parlamentarischen Gremien sollen folgende Anzahl von Mitgliedern haben:

- (1.1) Magistrat
8 ehrenamtliche Mitglieder
- (1.2) Stellvertreter des Stadtverordnetenvorstehers
3 Stellvertreter

Als Stellvertreter des Stadtverordnetenvorstehers wird jeweils ein Stadtverordneter der Partei benannt, die nicht den Stadtverordnetenvorsteher benennt. Die Partei, aus deren Reihen der Stadtverordnetenvorsteher gewählt wurde, benennt keinen Stellvertreter.

- (1.3) Parlamentsausschüsse
 - (1.3.1) Ältestenausschuss
5 Mitglieder
 - (1.3.2) Haupt- und Finanzausschuss
9 Mitglieder
 - (1.3.3) Ausschuss Bauen, Verkehr und Umwelt
9 Mitglieder
 - (1.3.4) Ausschuss Soziales, Bildung, Integration, Sport und Kultur
9 Mitglieder
 - (1.3.5) Ausschuss Soziale Stadt
9 Mitglieder
 - (1.3.6) Ausschuss Lebendige Zentren [wird noch gegründet]
9 Mitglieder

(2) Stadtverordnetenvorsteher, stellv. Stadtverordnetenvorsteher

Die SPD hat das Vorschlagsrecht.

Für das Mandat des Stadtverordnetenvorstehers wird Jürgen Galinski (SPD) vorgeschlagen und wurde gewählt/bestätigt.

Es werden 3 Stellvertreter des Stadtverordnetenvorstehers, je einer von FDP, CDU und Bündnis 90/Die Grünen, gewählt.

Hierzu wird Kai Hilbig (FDP) und jeweils ein Vertreter von CDU und Bündnis 90/Die Grünen vorgeschlagen und gewählt/bestätigt.

(3) Bürgermeister

FDP und SPD ist es freigestellt, für die Direktwahl des Bürgermeisters im Jahr 2025 einen eigenen Kandidaten aufzustellen. Im Koalitionsausschuss wird rechtzeitig vor Aufstellung

des/der Kandidaten beraten, ob und wie eine Kandidatur mit Unterstützung der Koalition erreicht werden kann.

(4) 1. Stadtrat

Die FDP hat das Vorschlagsrecht.

Für das Mandat des 1. Stadtrats wird Lars Knobloch (FDP) vorgeschlagen.

(5) Magistrat

Der Magistrat besteht aus 8 ehrenamtlichen Mitgliedern. Es entfallen rechnerisch auf die Koalition aus FDP und SPD 5, auf die CDU 2 und auf das Bündnis 90/Die Grünen 1 Sitz.

Es gilt folgende Regelung:

In der ersten Hälfte der Wahlperiode besetzt die SPD 3 und die FDP 2 Magistratsplätze.

In der zweiten Hälfte der Wahlperiode besetzt die SPD 2 und die FDP 3 Magistratsplätze.

Die Vertretungsreihenfolge des Bürgermeisters und des 1. Stadtrates in der Koalition wird einvernehmlich mit dem Bürgermeister festgelegt. Nach Bürgermeister und 1. Stadtrat wird ein Stadtrat der SPD in der Vertretungsreihenfolge benannt.

(6) Parlamentsausschüsse, Vorsitz und stellvertretender Vorsitz

Die Anzahl der Mitglieder ergibt sich aus § 3 Absatz (1.3).

Ältestenausschuss (5 Mitglieder)

Es entfallen auf die FDP 2, SPD 1, CDU 1 und Bündnis 90/Die Grünen 1 Sitz.

Haupt- und Finanzausschuss (9 Mitglieder)

Es entfallen auf die FDP 3, SPD 2, CDU 2 und Bündnis 90/Die Grünen 2 Sitze.

Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss (9 Mitglieder)

Es entfallen auf die FDP 3, SPD 2, CDU 2 und Bündnis 90/Die Grünen 2 Sitze.

Ausschuss für Soziales, Bildung, Integration, Sport und Kultur (9 Mitglieder)

Es entfallen auf die FDP 3, SPD 2, CDU 2 und Bündnis 90/Die Grünen 2 Sitze.

Ausschuss für das Projekt Soziale Stadt (9 Mitglieder)

Es entfallen auf die FDP 3, SPD 2, CDU 2 und Bündnis 90/Die Grünen 2 Sitze.

Ausschuss für das Projekt Lebendige Zentren (9 Mitglieder) [wird noch gegründet]

Es entfallen auf die FDP 3, SPD 2, CDU 2 und Bündnis 90/Die Grünen 2 Sitze.

Ausschussvorsitze und stellvertretende Vorsitze werden wie folgt aufgeteilt:

	Vorsitz	Stellv. Vorsitz
Ältestenausschuss:	CDU	SPD
Haupt- und Finanzausschuss:	B90/Die Grünen	SPD
Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss:	FDP	SPD

Ausschuss für Soziales, Bildung usw.	FDP	N.N
Ausschuss für die Soziale Stadt:	SPD	N.N
Ausschuss für die Lebendige Zentren:	SPD	N.N

(7) Verbandskammer im Regionalverband Frankfurt/Rhein-Main

Vertreter	Stellvertreter	weiterer Stellvertreter
Dr. Stefan Naas (FDP)	Moritz Kletzka (SPD)	Lars Knobloch (FDP)

(8) Verbandsversammlung Wasserbeschaffungsverband Hochtaunus

Vertreter	Stellvertreter
1 x SPD	1 x SPD
1 x FDP	1 x FDP
1 x Bündnis 90/Die Grünen	1 x CDU

(9) Verbandsversammlung Verkehrsverband Hochtaunus

Vertreter	Stellvertreter
1 x SPD (Stimmführer)	1 x FDP (Vertreter)
1 x CDU (Stimmführervertreter)	1 x Bündnis 90/Die Grünen (Vertreter)

(10) Verbandsversammlung KGRZ KIV in Hessen (vom Magistrat gewählt)

Vertreter	Stellvertreter
1 x SPD	1 x CDU

(11) Bürgerstiftung „Bürger helfen Bürgern“

Neben dem Bürgermeister als Stiftungsratsvorsitzender besteht der Stiftungsrat aus weiteren 11 Mitgliedern. Es besteht Einigkeit, dass eine Besetzung dieses Gremiums analog der Vergangenheit mit sachkundigen Bürgern erfolgen soll. Insoweit alle bisherigen Amtsinhaber ihre Bereitschaft zur Fortführung ihres Mandates erklären und dies auch möglich ist, sollen diese zur Wiederwahl vorgeschlagen werden.

(12) Seniorenkommission

Zu wählen sind insgesamt 8 Mitglieder, davon 4 aus der Stadtverordnetenversammlung sowie 4 sachkundige Bürgerinnen und Bürger. Es besteht Einvernehmen, dass die Besetzung der Seniorenkommission analog der bisherigen Besetzung erfolgen soll.

(13) Integrationskommission

Zu wählen sind insgesamt 8 Mitglieder, davon 4 aus der Stadtverordnetenversammlung sowie 4 sachkundige Bürgerinnen und Bürger. Es besteht Einvernehmen, dass die Besetzung der Integrationskommission analog der bisherigen Besetzung erfolgen soll.

(14) Rat für Vorsorge, Ordnung, Sicherheit & Sauberkeit (vormals Präventionsrat)

Zu wählen sind insgesamt 8 Mitglieder, davon 4 aus der Stadtverordnetenversammlung sowie 4 sachkundige Bürgerinnen und Bürger. Es besteht Einvernehmen, dass die Besetzung des Rates analog der bisherigen Besetzung erfolgen soll.

(15) Nachwahlen

Bei Ausscheiden eines Vertreters oder Stellvertreters in den genannten Gremien (7 bis 14) ist in derselben Konstellation wie vorstehend nachzuwählen. Es findet kein „Aufrücken“ statt.

Steinbach (Taunus), den 30. April 2021

Für die FDP

Für die SPD

Lars Knobloch

Moritz Kletzka

Astrid Gemke

Boris Tiemann